

Wohnungsmarkt des Grauens

Raum ist knapp und teuer, das bekommen auch Studierende zu spüren. Seite 5



Bart des Bösen

Dänemarks Rechte wollen »religiös motivierte« Bärte verbieten. Seite 20

Illustration: 123rf/ Margarita Deleva



Herz der Finsternis

In einem fiktiven Gerichtsprozess ergründete Milo Rau die Rohstoffkonflikte unserer Zeit. Der Film »Das Kongo-Tribunal« dokumentiert das waghalsige Projekt. Seite 15

Foto: dpa/örg Carstensen

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 16. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 267

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Runter von den Stunden

Ines Wallrodt zur Tarifrunde Metall

Es ist höchste Zeit, dass die Beschäftigten einer wichtigen Branche den Kampf um die Arbeitszeit wieder aufnehmen. Denn die Gründe dafür sind nicht nur in der Metall- und Elektroindustrie hinlänglich bekannt: ständige Überstunden und Hetze, um Kinder, Pflege und Job unter einen Hut zu kriegen, Arbeit in Schicht, am Wochenende und am Abend oder einfach nur zu wenig Zeit für weitere schöne Dinge des Lebens. Mit ihrem Ruf nach kürzeren Arbeitszeiten spricht die IG Metall daher nicht nur für die eigenen Beschäftigten. Zugleich stemmt sie sich damit gegen den wachsenden Druck, die Arbeit nach Gusto der Arbeitgeber auszudehnen.

Die Wahloption für 28 Stunden ist eine gute Idee, um den verschiedenen Bedürfnissen in der Belegschaft gerecht zu werden. In der Umsetzung kommt es auf den Personalausgleich an – damit nicht die verbleibenden Kollegen die Doofen sind. Mit dem geforderten Rückkehrrecht beweist die IG Metall Stärke, ist dieser Anspruch doch von der Union in der Großen Koalition gerade erst beerdigt worden. Keine Antwort geben die Tarifforderungen dagegen auf das Problem, dass viele schon froh wären, überhaupt einmal nach den vereinbarten 35 Stunden nach Hause gehen zu können.

Den Arbeitgebern wiederum, die über fehlende Fachkräfte zum Ausgleich jammern, möchte man zurufen: Seid doch mal ein bisschen flexibel! Qualifiziert und bildet aus! Es gibt nicht mehr so viele Arbeitslose, aber prekär Beschäftigte gibt es genug.



Beschäftigte wollen nicht länger Spielball ihres Chefs sein.

Foto: nd/Ulli Winkler

Kurze Arbeit ist gute Arbeit

Die IG Metall stellt sich in der begonnenen Tarifrunde gegen den Trend zu längeren Arbeitszeiten

Stuttgart. Begleitet von ersten Kundgebungen streikbereiter Metaller hat am Mittwoch an mehreren Orten bundesweit die erste Runde der Tarifverhandlungen zwischen der IG Metall und den regionalen Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie (M+E) begonnen. So versammelten sich am Nachmittag auch in Böblingen bei Stuttgart Beschäftigte des nahen Sindelfinger Daimler-Werks vor dem Tagungshotel, in dem die Unterhändler des wichtigen IG-Metall-Bereichs Baden-Württemberg auf die Vertreter von Südwestmetall trafen – und wie erwartet ohne Einigung auseinander gingen.

Für die bundesweit 3,8 Millionen Beschäftigten in der Branche fordert die Gewerkschaft neben einer Einkommenserhöhung von sechs Prozent einen individuellen Anspruch auf eine befristete Arbeitszeitkürzung. Für die ostdeutschen Tarifgebiete, in denen nach wie vor 38 statt 35 Stunden pro Woche gearbeitet wird, strebt die IG Metall einen »Prozess zur Angleichung der Arbeitsbedingungen« an.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine offensive Tarifrunde seien gut, erklärte IG-Metall-Betriebsrat Roman Zitzelsberger am Mittwoch in Stuttgart. Er verwies auf ein erwartetes Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent im Jahr 2018 sowie volle Auftragsbücher, Neueinstellungen, hohe Kapazitätsauslastung und stabile Gewinne. Die Stimmung in der Branche sei deutlich besser als Anfang 2016, die internationale Wettbewerbsfähigkeit ungebrochen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität zu ermöglichen, strebt die IG Metall einen individuellen Anspruch auf eine »kurze Vollzeit« von 28 Wochenstunden für die Dauer von zwei Jahren an. Wer diese Zeit zur Kindererziehung oder zur Pflege von Angehörigen verwendet, soll Anspruch auf

teilweisen Ausgleich für den Lohnverlust erhalten. Für Schichtarbeiter und Beschäftigte mit besonderen Belastungen fordert die Gewerkschaft zehn zusätzliche freie Tage im Jahr und ebenfalls einen Teillohnausgleich. Die Tarifforderungen kämen vor allem dem Wunsch vieler Frauen entgegen, nach einer Phase der Kindererziehung wieder länger zu arbeiten. Dies werde ihnen bisher vielfach von den Chefs verwehrt. »Wir machen damit die Branche für Fachkräfte zusätzlich attraktiver«, ist Zitzelsberger überzeugt.

Als Reaktion auf den IG-Metall-Vorstoß verlangen die Industriellen ihrerseits »mehr Flexibilität nach oben«, also eine längere vertragliche Arbeitszeit als die im Tarifvertrag vereinbarte 35-Stunden-Woche. Dies sei jedoch in vielen Betrieben bereits Wirklichkeit, kontert Zitzelsberger. So liege in einem Drittel aller an den Flächentarif gebundenen Firmen im Südwesten die reguläre Arbeitszeit deutlich über 35 Stunden. Wenn Arbeitgeber nun mit Tarifforderungen überzogen sei dies »absurd«, weil sich gewerkschaftliche Forderungen in aller Regel nie 1:1 in Tarifverträgen niederschlugen, so der Metaller.

Die Laufzeit der Tarifverträge und damit die Friedenspflicht endet am 31. Dezember. Somit sind ab Anfang Januar erste Warnstreiks möglich. Baden-Württemberg war in früheren Tarifrunden oft ein Pilotbezirk, dessen Abschluss bundesweit übernommen wurde. Im Südwesten hat die IG Metall mit rund 435 000 Mitgliedern einen überdurchschnittlich hohen Organisationsgrad. »Wir wollen das nicht zu lange hinauszögern und haben den Ehrgeiz, nicht sechs Monate lang eine Tarifrunde zu führen«, erklärte Zitzelsberger gegenüber »nd« und deutete damit an, möglichst vor den im März bundesweit beginnenden Betriebsratswahlen einen Abschluss anzustreben. hgö Seite 3

UNTEN LINKS

»Wir bauen auf und reißen nieder, so ham' wir Arbeit immer wieder.« Was früher nur für die Werkstätigkeitssimulation zwischen Frühstücks- und Mittagspause galt, ist heute im real existierenden Kapitalismus perfektioniert: »Hurrikans kurbeln Geschäft von Baumarktkette an«, vermelden Agenturen und in den Ohren säuselt schon der Superdividendsirenenang. Aber halt, da ist noch ganz viel Luft nach oben: Warum denn noch selbst in den Baumarkt fahren? Sich selbst im Roboterauto fahren lassen! Dieses lässt sich viel kostengünstiger von Robotern bauen. Warum nicht einfach Roboter von anderen Robotern geplante und aufgebaute Baumärkte wieder einreißen lassen? Jeden Morgen »Bau auf, bau auf«, jeden Abend »Wir schaffen Platz für Neues«. Die wären auch pünktlicher als jeder Maurer. Aber der Kapitalismus, der alte Schlauwiner, ist schon schlau: Die Arbeit lässt er immer die anderen machen. Bis die Roboter kommen, vertreten noch die Stürme. Und kurbeln sogar ohne Lohn. stf

Simbabwes Militär greift in Machtkampf ein

Auseinandersetzung um die Nachfolge von Langzeitpräsident Robert Mugabe eskaliert

In Simbabwe ist der Kampf um die Nachfolge von Langzeitpräsident Robert Mugabe eskaliert: Das Militär hat in einem Putsch die Macht an sich gerissen.

Von Martin Ling

Simbabwes Shopping-Queen hat sich verrechnet: Grace Mugabe, die 52-jährige Ehefrau des Langzeitherrschers Robert Mugabe hatte einst erklärt, als »Ehefrau des Präsidenten« sei sie »schon Präsidentin«. In ihrer privilegierten Situation, die ihr auch Einkaufstouren in Europas Konsumtempeln sicherte, forderte sie ihren Gatten öffentlich dazu auf, ihren Kontrahenten Emmerson Mnangagwa als Vizepräsidenten zu entlassen. Mnangagwa hatte einst mit Mugabe im antikolonialen Befreiungskampf gegen das weiße Minderheitsregime im damaligen britischen Rhodesien gekämpft, aus dem dann 1980 Simbabwe als neuer Staat entstand.

Mit der Entlassung Mnangagwas vor einer Woche nahm der seit Jahren währende Machtkampf um die Nachfolge Mugabes an Fahrt auf. Mnangagwa floh nach Südafrika, Grace Mugabe schien vor dem Parteitag der Regierungspartei

ZANU-PF im kommenden Monat fast am Ziel. Bis Militärführer Chiwenga zugunsten seines alten Verbündeten Mnangagwa eingriff.

Am Mittwochmorgen waren der Amtssitz des Präsidenten in Harare und das Parlament von Soldaten abgeriegelt, sie kontrollierten auch wichtige Verkehrsadern. Bereits seit Dienstag gab es eine verstärkte Militärpräsenz in der Hauptstadt. Soldaten nahmen Augenzeugen zufolge Finanzminister Ignatius Chombo fest. Er gilt als prominenter Unterstützer von Grace Mugabe. Zunächst unbestätigten Berichten zufolge sollen auch weitere Minister festgenommen worden sein.

Mugabe selbst wurde vom Militär unter Hausarrest gestellt, wie Südafrikas Präsident Jacob Zuma nach einem Telefonat mit ihm erklärte. Der Präsident sei wohl auf. Südafrika appellierte an alle Beteiligten, sich für eine friedliche Beilegung der Krise einzusetzen. Zur Vermittlung schickte Südafrika unter anderem Verteidigungsministerin Nosiviwe Mapisa-Nqakula nach Simbabwe.

In Simbabwe wendeten sich langjährige Unterstützer bereits vom Präsidenten ab. Die einflussreiche Vereinigung der Kriegsveteranen etwa forderte Mugabes Rücktritt von Partei- und Staatsführung. Es solle zudem eine Untersuchung der Straftaten geben, die der Staatschef während seiner Amtszeit begangen habe, forderte Generalsekretär Victor Matemadanda bei einer Pressekonferenz in Harare. Matemadanda ist ein Verbündeter des kürzlich geschassten Vizepräsidenten Emerson Mnangagwa.

teranen etwa forderte Mugabes Rücktritt von Partei- und Staatsführung. Es solle zudem eine Untersuchung der Straftaten geben, die der Staatschef während seiner Amtszeit begangen habe, forderte Generalsekretär Victor Matemadanda bei einer Pressekonferenz in Harare. Matemadanda ist ein Verbündeter des kürzlich geschassten Vizepräsidenten Emerson Mnangagwa.

In Simbabwe wendeten sich langjährige Unterstützer bereits vom Präsident Robert Mugabe ab.

Im Zentrum von Harare war am Mittwoch eine starke Militärpräsenz sichtbar, es blieb jedoch zunächst friedlich. In der Nacht hatte es Augenzeugen zufolge mindestens drei laute Explosionen gegeben, auch Schüsse wurden gehört. Die Streitkräfte forderten alle Sicherheitskräfte auf, im Interesse des Landes mit den Soldaten zu kooperieren. Die Botschaften der USA und Großbritanniens ermahnten ihre Staatsbürger in Simbabwe wegen der unklaren Situation zu großer Vorsicht und forderten sie auf, zu Hause zu bleiben. Die Botschaften der USA und der Niederlande sollten am Mittwoch geschlossen bleiben.

Armeechef Chiwenga hatte der Regierung bereits am Montag öffentlich gedroht, die Armee sei angesichts der Krise im Land bereit »einzuschreiten«. Die Regierungspartei ZANU-PF sprach daraufhin am Dienstag von Verrat und Anstachelung zur gewaltsamen Auflehnung gegen die verfassungsrechtliche Ordnung. Mugabe wird beim Gehen inzwischen häufig gestützt, bei öffentlichen Auftritten wurde er zuletzt immer wieder schlafend fotografiert. Er hatte jedoch angekündigt, sich 2018 um eine weitere Amtszeit zu bewerben.

Simbabwe mit seinen etwa 15 Millionen Einwohnern gehört einem UN-Index zufolge zu den ärmsten Staaten der Welt. Mugabe hat die frühere Kornkammer des südlichen Afrikas heruntergewirtschaftet. Das Land hat sich bislang noch nicht von einer schweren Wirtschaftskrise erholt, in Folge derer es 2008 zu einer galoppierenden Hyperinflation und zum Zerfall der Landeswährung kam. Mit Agenturen Seite 7

Klima für Merkel »Schicksalsfrage«

Kohleausstieg soll in letzter Runde der Sondierung verhandelt werden

Bonn. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat den Klimawandel als »Schicksalsfrage« für die Menschheit bezeichnet. Mit den bisherigen Maßnahmen könnten die Ziele des Pariser Klimaabkommens nicht erreicht werden, sagte Merkel am Mittwoch in einer Rede bei der Weltklimakonferenz in Bonn. Deshalb bedürfe es zusätzlicher Anstrengungen. »Ich will ganz offen sprechen«, sagte Merkel, »das ist auch in Deutschland nicht einfach.«

Nicht einfach dürfte das Thema auch in der für Donnerstag geplanten letzten Runde der Sondierungen werden. Die Parteichefs verhandeln neben anderen Streitpunkten die Frage, ob und wie viele Kohlekraftwerke in den kommenden Jahren abgeschaltet werden. Hier stehen die Grünen in der einen Ecke, Union und FDP in der anderen. Rückenbedeckung bekamen die Grünen durch eine Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums und der Bundesnetzagentur, nach der die Versorgungssicherheit in Deutschland auch gewährleistet ist, wenn eine Kapazität von sieben Gigawatt an Kohlekraftwerken im Jahr 2020 stillgelegt würde.

Umweltverbände zeigten sich enttäuscht von Merkels Rede, die Kanzlerin habe sich um »konkrete Aussagen zum Kohleausstieg gedrückt«, sagte die Klimaexpertin des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Ann-Kathrin Schneider. Im neuen Klimaschutz-Index der Umweltorganisation Germanwatch landete Deutschland erneut nur im Mittelfeld. Seiten 2, 4 und 9

